



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0886890

E/XV/197 - 30. August 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Belohnte Voraussicht</u> Lebensmittelgesetz - Damm gegen Margarinekrankheit Von Wolfgang Jansen	36
2 - 3	<u>Um die Regierungsmacht in Schweden</u> Harter Reichstags-Wahlkampf Von unseren Korrespondenten in Stockholm, Rudolf Hüner	85
4 - 5	<u>Unbewältigte Vergangenheit</u> Bitterer Nachgeschmack im Falle Cavell	62
6	<u>Diplomatie, wie sie nicht sein soll</u> Am Beispiel des Bundespressechefs	39
7	<u>Gefärbte "Ferienfahrten" ohne Bedeutung</u> Propagandaaktionen der SBZ fruchten nicht mehr	39

* * *
* *

Belohnte Voraussicht

Von Wolfgang Jansen

60 000 Holländer sind von der Margarine-Krankheit befallen. Für uns Deutsche jedoch besteht keine Gefahr, es sei denn, wir essen Margarine, die die Grenzgänger durch die Zollschranken gebracht haben.

Von der Margarine, die in der Bundesrepublik erzeugt worden ist, haben wir nichts zu befürchten. Das liegt nicht etwa daran, daß man bei uns nicht auch Margarine des gleichen Herstellerkonzerns zu essen bekäme, der für die holländische Sorte verantwortlich ist. Im Gegenteil: Anhand der bekannten Zahlen läßt sich unschwer ausrechnen, daß rund fünfzig Prozent des Margarine-Umsatzes in der Bundesrepublik vom gleichen Herstellerkonzern stammt, der auch für die holländische Sorte verantwortlich ist. Wenn in der Bundesrepublik keine Nesselrosengefahr besteht, so hat das ganz andere Gründe:

In der Bundesrepublik gibt es nämlich ein Lebensmittelgesetz, das es mit den Zusätzen sehr genau rimmt. Um dieses auf einen Antrag der SPD zurückgehende Gesetz ist vor genau zwei Jahren - im Oktober 1958 - und auch noch einmal im vergangenen Jahr leidenschaftlich gerungen worden. Erinnerung wir uns ruhig bei dieser Gelegenheit daran, daß die CDU/CSU-Fraktion durch Fraktionsbeschuß festgelegt hatte, entscheidenden Teilen dieses Gesetzes zu widersprechen, insbesondere die Kennzeichnungspflicht für die Beimischung fremder Stoffe nicht eintreten zu lassen. Damit wäre das Gesetz entscheidend verschlechtert und seiner Wirksamkeit weitgehend beraubt worden. Erinnerung wir uns daran, daß es vor allem die SPD-Abgeordneten Käthe Strobel und Irma Keilhack waren, die in hartnäckigen Debatten einige CDU/CSU-Abgeordnete überzeugten und veranlaßten, abweichend vom Fraktionsbeschuß der Regierungspartei der schärferen Fassung des Gesetzes zuzustimmen. Denken wir auch noch einmal daran, daß der CDU/CSU-Abgeordnete Dr. Eibrächter am 3. Dezember 1959 nach dem amtlichen Protokoll der 92. Sitzung (S. 5091 D) die Kennzeichnungspflicht für Margarine ausdrücklich als "im Grunde genommen völlig überflüssig" bezeichnet hat. Schon wir aber auch noch einmal im Protokoll der 48. Sitzung nach, in der 28 CDU/CSU-Abgeordnete, angeführt von den Herren Unertl, Freiherr zu Guttenberg und Höcherl, anläßlich der dritten Lesung ausdrücklich erklärten, sie stimmten dem Gesetz nicht zu, weil es zu scharf sei.

Ob den Herren sehr wohl ist bei dem Gedanken, was heute geschehen könnte, wenn nicht ein Teil ihrer Fraktionskollegen den Vorschlägen der SPD gefolgt wäre?

Um die Regierungsmacht in Schweden

Von unserem Korrespondenten in Stockholm, Rudolf Hübner

Am 18. September sind in Schweden die Neuwahlen für die Zweite Kammer des Reichstages. Der Wahlkampf ist hart. Die drei nichtsozialistischen Parteien haben sich die Aufgabe gestellt, die Sozialdemokraten aus der Regierung zu verdrängen. Ihre Aussichten sind schlecht, denn es fehlt ihnen ein gemeinsames Handlungsprogramm.

Die konservative Högerpartei hat der sozialen Reformpolitik der Sozialdemokraten ein Programm entgegengestellt, das durch Einsparungen, vor allem im Sozialwesen, der Staatskassa die Möglichkeit geben soll, die besonders harte Besteuerung der hohen Einkommen zu mildern. In der Propaganda kamoufliert sie ihre Absichten als "Wahrung der persönlichen Freiheit gegenüber den Bevormundungstendenzen des Staates"; mit der Parole, dass jedermann zumindest ein Kleinkapitalist werden soll, appelliert sie an den antisolidarischen Besitzinstinkt.

Ihr Wunsch, den staatlichen Kinderbeitrag für jedes erste Kind abzuschaffen, stößt jedoch auf den scharfen Widerstand der Liberalen und der Agrarier, die doch ihre künftigen Regierungspartner sein sollen. Die Absicht der Konservativen und der Agrarier, die erst kürzlich in harten Auseinandersetzungen zustandegekommene allgemeine Dienstpension-Reform rückgängig zu machen, wird von den Liberalen entschieden abgelehnt.

Auch der Angriff der bürgerlichen Opposition auf die hohen Steuern und Staatsausgaben geht nicht von einer gemeinsamen Auffassung aus. Jede der drei Parteien hat Vorschläge ausgearbeitet. Die Vorschläge der Liberalen und der Agrarier sind lückenhaft und wirklichkeitsfremd. Die Sozialdemokraten haben daher erklärt, dass eine bürgerliche Regierung gar keine andere Wahl hätte, als die konservative Alternative mit ihrem markanten Abbau der Sozialleistungen zum Regierungsprogramm zu machen. In der bürgerlichen Wahlpropaganda stehen allerdings nicht so sehr die sachlichen Zusammenhänge im Vordergrund als vielmehr der Appell an den natürlichen Widerwillen aller Menschen gegen Steuerzahlungen. Man hofft vor allem mit dem Versprechen, die Umsatzsteuer wieder abzuschaffen, Wählerstimmen einzufangen zu können.

Der sozialdemokratische Parteivorsitzende, Ministerpräsident Erlander, hat diesem Angriffe entgegengehalten, dass jede hochentwickelte Zivilisation eine kostspielige Infrastruktur zur Voraussetzung hat mit ständig ausbau- und erneuerungsbedürftigen Verkehrseinrichtungen, Schulen, Krankenhäusern, mit einem weit über die Kapazität der Privatwirtschaft

hinausreichenden Energiebedarf, mit einem gut funktionierenden Rechtssystem usw. Diese Einrichtungen, ohne die eine moderne Wirtschaft undenkbar wäre, werden nicht von privaten Unternehmern geschaffen, weil sie keinen direkten Profit abwerfen, sondern von der öffentlichen Hand. Je vollkommener und teurer diese Einrichtungen werden, umso grösser werden die Ausgaben der öffentlichen Hand. An dieser Tatsache kann keine Propaganda etwas ändern. Die Sozialdemokraten können übrigens auf eine ganze Reihe von Initiativen hinweisen, welche Einsparungen in den Staatsausgaben, eine Modernisierung des Steuersystems und eine Besserung der Steuermoral zum Ziele haben.

Für die Bevölkerung ist es auch ohne besondere Propaganda klar, daß die Sozialdemokraten die verlässlichsten Hüter der sozialen Errungenschaften sind und daß eine Weiterentwicklung im Sozialbereiche nur von ihnen erwartet werden kann. Die Gewerkschaften unterstützen daher mit wenigen Ausnahmen die sozialdemokratische Partei. Als eine der nächsten großen Aufgaben bezeichnen die Sozialdemokraten die Verlängerung des gesetzlich gesicherten Urlaubes für alle Arbeitnehmer von drei auf vier Wochen.

Keine wesentlichen Gegensätze zwischen den demokratischen Parteien bestehen hinsichtlich der möglichst raschen Aufrüstung des höheren Schulwesens und hinsichtlich der Aussenpolitik, wenn auch Hjalmarsson, der Vorsitzende der Konservativen, mitunter durch unbedachte Formulierungen den Zorn des Aussenministers heraufbeschwört.

In der Landesverteidigung wird die Frage der Atomwaffen immer wieder diskutiert. Die Konservativen wünschen Atomwaffen; die Sozialdemokraten, Liberalen und Agrarier haben eine Entscheidung aufgeschoben, um die internationale Entwicklung abzuwarten. Aus diesen drei Parteien haben sich entschiedene Gegner der Atombewaffnung zu einer Fortschrittsunion zusammengeschlossen, die in Stockholm hofft, ein Mandat zu gewinnen. In Göteborg wurde übrigens noch eine weitere Partei gebildet, die Unternehmerpartei.

Gegenwärtig stehen in der 2. Kammer des schwedischen Reichstages 111 Sozialdemokraten 115 nichtsozialistische Abgeordnete (45Konservative., 38 Liberale, 32 Agrarier) und fünf Kommunisten gegenüber. In der 1. Kammer des Reichstages, die von den Provinzvertretungen besetzt wird, haben die Sozialdemokraten mit 78 Mandaten gegen 71 bürgerliche und zwei kommunistische Mandate die absolute Mehrheit. Beide Kammern stimmen für sich; bei entgegengesetzten Ergebnissen wird in verschiedenen Fällen gemeinsam abgestimmt. Hierbei haben die Sozialdemokraten die absolute Mehrheit. Bei anderen Abstimmungen bilden die Kommunisten in der 2. Kammer das Zünglein an der Waage; sie haben aber bisher nicht gewagt, bei Vertrauensfragen gegen die Sozialdemokraten zu stimmen, da sie hierdurch den Weg für ein bürgerliches Kabinett geebnet hätten. In einer Reihe von Wahlkreisen können geringfügige Stimmenverschiebungen zu Mandatveränderungen führen. Gerade in diesen Wahlkreisen sind die Auseinandersetzungen sehr hart. Für die Sozialdemokraten spricht die - trotz aller bürgerlichen Unkenrufe - andauernde Wohlstandsentwicklung, deren sicherste Grundlage die kaufkraftsichernde Vollbeschäftigung und eine gute Wirtschaftsplanung in großen Zügen sind. Es ist daher unwahrscheinlich, daß nach den Wahlen am 18. September eine bürgerliche Regierung an die Stelle der Sozialdemokraten tritt, die seit 1932 die Regierungsverantwortung in Schweden tragen. + + +

Unbewältigte Vergangenheit

mu. - Die Generalstaatsanwälte in Hamburg und Schleswig haben es abgelehnt, dem Ordinarius für Kinderheilkunde und Direktor der Kieler Universitätskinderklinik, Professor Catel, einen neuen Prozeß zu machen. Auch der Kieler Kultusminister Osterloh (CDU) lehnte es ab, beamtendisziplinar gegen Catel vorzugehen, weil die Teilnahme an der Kindereuthanasie, deren Catel erneut beschuldigt worden ist, vor 1945 stattgefunden hat. Damit wird die erneute Anzeige, die der frühere Hamburger Internist Professor Degkwitz am 6. Mai aus New York gegen Catel erstattete, ohne Folgen bleiben. Bei der ganzen Affäre aber bleibt ein bitterer Nachgeschmack zurück, besonders, wenn man sich die Argumentationen von Osterloh anhört.

Als Direktor der Kinderklinik zu Leipzig gab Catel wie drei andere Ärzte Gutachten über kleine Kinder ab, von denen er meinte, daß sie unheilbar krank seien. Von monatlich ihm zugeleiteten 1000 ärztlichen Berichten über erbbiologisch kranke Kinder wählte er immer zehn bis fünfzehn aus. Das Gutachten von Catel wurde dann in Berlin so gewertet, daß die bedauernswerten Geschöpfe zu töten seien. Nach der Feststellung der Strafkammer 1 des Hamburger Landgerichts sind während der nationalsozialistischen Zeit in der Kinderklinik Rothenburgsort (Hamburg) mindestens 56 Kinder rechtswidrig getötet worden. Der Geheimbefehl Hitlers vom 1. September 1939 über die Durchführung einer Euthanasie mit der bössartigen nationalsozialistischen Perspektive hat aber seinerzeit nie den Charakter gültigen Rechts erlangt und gilt nach der heutigen Rechtsprechung bei Befolgung als Mord.

Die Strafkammer in Hamburg, bei der bereits 1947 eine erste Anzeige von Degkwitz gegen Catel einging, lehnte es jedoch durch einen Beschluß im Jahre 1948 ab, Catel und 17 weiteren Ärzten, die besonders mit der Kindereuthanasie beim Krankenhaus Rothenburgsort befaßt waren, den Prozeß zu machen. Die Begründung von damals muß noch heute scharf kritisiert werden, denn die drei Richter meinten, die Ärzte, darunter Catel, hätten an die Rechtmäßigkeit ihrer Handlungsweise geglaubt,

und den Beweis, sie hätten das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gehabt, würde man in einer Verhandlung nicht führen können. Ein Schlaglicht auf das Gericht selbst wirft die Tatsache, daß der damals beteiligte Richter Dr. Budde es Anfang 1959 ablehnte, gegen Wieland das Hauptverfahren zu eröffnen, der antisemitische Schmähschriften hergestellt und verbreitet hatte.

Nun hätte man sich in der Affäre Catel heute auf den dünnen Rechtsstandpunkt der Verjährung beschränken, die Entscheidungen von damals kritisieren und Catel seinen freiwilligen Amterücktritt nahelegen können. Kultusminister Osterloh ging leider in seiner Catel schützenden Argumentation noch über das damalige Hamburger Beschlussurteil hinaus, obgleich der Minister begrüßenswerter Weise "grundsätzlich jede Euthanasie ablehnte". Osterloh sagte nämlich in Kiel, er fühle sich verpflichtet zu erklären, daß Catel damals subjektiv der Überzeugung gewesen sei, nichts Unrechtes zu tun. Nach seiner (Osterlohs) Kenntnis von der Persönlichkeit Catels brauchten die Eltern keine Sorge zu haben, Catel ihre Kinder anzuvertrauen.

Es gibt nicht den geringsten Grund dafür, sich in diesem Maße als Politiker, der zumal von Haus aus evangelischer Theologe ist, schützend vor Catel zu stellen, auch wenn man dabei berücksichtigt, daß Catel während der nationalsozialistischen Zeit auf der anderen Seite jüdische Kinder entgegen ausdrücklicher Verbote behandelt hat. Man weiß doch von vielen "zweigespaltenen" Persönlichkeiten aus jener Zeit.

Worauf es in Schleswig-Holstein jetzt vor dem Hintergrund der Fälle Lautz, Schlegelberger, Oberheuser, Heyde-Buresch oder Stielau ankommt, ist folgendes: Es fehlt die eindeutige Erklärung der Kieler Landesregierung, daß man Leuten, die sich damals im nationalsozialistischen Reich in bössartiger Richtung engagiert haben oder die heute noch nationalsozialistisches Gedankengut verbreiten oder Prominente des Hitler-Reiches von damals docken, zumindest nicht die allgeringste Hilfestellung gibt.

Diplomatie, wie sie nicht sein soll

sp - Der Sinn des Staatssekretärs Felix von Eckardt, Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, für public relation steht in einem umgekehrten Verhältnis zu seinem Gefühl für Takt und für Würde. Er hat - und das geschah nicht zum ersten Male - in den Vereinigten Staaten den Eindruck erweckt, als hätten er und mit ihm sein Auftraggeber, der Bundeskanzler in Bonn, mit diesem wiederum der Bundesregierung und die Bundesrepublik Deutschland, ein Interesse daran, rechtzeitig kundzutun, daß gewisse Politiker in den USA nicht zu Ämtern kommen dürften und mitzuteilen, wen man auf keinen Fall für geeignet und zweckmäßig halte, Außenminister in einer kommenden Regierung der Staaten zu sein. Wir wissen nicht, was der in die USA entsandte Felix von Eckardt dort wirklich gesagt hat; wir wissen aber, was man auf amerikanischer Seite glaubt gehört zu haben. Für die Beurteilung eines Diplomaten und seines diplomatischen Auftrages - soweit in diesem Falle von Diplomatie überhaupt die Rede sein kann - ist das aber entscheidend, mindestens ausreichend. Man glaubt drüber gehört zu haben und zu wissen, daß der bundesdeutsche Pressechef darüber informieren wollte, daß Adlai Stevenson kein erwünschter Außenminister der USA sein würde, falls Kennedy im November die Wahl gewinnen und in Januar das Amt antreten sollte. Eckardts Besuch war bereits vor einigen Wochen.

Der Ärger der Amerikaner ist bis nach Bonn gedrungen. Wir wußten bereits von diesem abermaligen Fehltritt des Herrn von Eckardt, der recht "amerikanisch" gewesen sein muß, so wie manche Deutsche das Wesen der Menschen der Neuen Welt verstehen. Vielleicht kann man auch sagen: es muß sehr "deutsch" gewesen sein, so wie wir hier nicht ganz selten deutsche Art beobachten können (etwa, wenn ein Verteidigungsminister in Politik wacht).

Wir hätten gern geschwiegen, um das Übel nicht zu verhehren. Nur es aber bekannt wurde, was der politische Berater und Helfer des Bundeskanzlers drüben angestellt hat, muß man ihm und den Verantwortlichen sagen: Es wäre besser, wenn Herr von Eckardt bei seinen Goldfischen und Schleierschwänzen und bei farbigen Westen und anderen Hobbies bliebe und die Finger von der Politik und gar noch von der Diplomatie ließe; es wäre besser, man brauchte weniger von dem Pressechef als Person und könnte mehr von den Informationen reden, die er der Öffentlichkeit mitzuteilen hat, damit sie an den Regierungsgeschäften teilnehmen kann und nicht unter den peinlichen Aktionen eines Regierungsbeamten leiden muß.

